LZ-Rheinland

Artikel vom 28.04.2021 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 22:34 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/was-bruessel-erwartet

Was Brüssel erwartet



Foto: imago/photothek

Zum Jahresende hat Deutschland in Brüssel seinen nationalen Strategieplan zur Umsetzung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) vorzulegen. Jetzt hat die EU-Kommission Empfehlungen vorgelegt, die verdeutlichen, was von Deutschland erwartet wird. Demnach müsse die Bundesrepublik mehr tun, um die Nitratauswaschung einzudämmen. Auch wird erwartet, dass dem Artenschutz eine höhere Priorität eingeräumt wird. Deutschland soll zudem mehr Anreize zur Stärkung der lokalen Vermarktung und zur Förderung von Qualitätssiegeln geben. Des Weiteren wird eine stärkere Umverteilung der Direktzahlungen gefordert.

Der Brüsseler Behörde zufolge stützen sich die Vorgaben auf eine Analyse des Sachstands, des Bedarfs und der Prioritäten für die Landwirtschaft und die ländlichen Gebiete in der Bundesrepublik. Laut Kommission betreffen die Empfehlungen die spezifischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Ziele der künftigen EU-Agrarreform. Besonders im Fokus stünden dabei die allgemeinen und spezifischen Ziele der Farm-to-Fork-Strategie und der Biodiversitätsstrategie für 2030. Konkret empfiehlt Brüssel unter anderem Verbesserungen im Düngemanagement. Kritisch hervorgehoben wird, dass der Nitratgrenzwert von 50 mg/l im Bundesgebiet im Zeitraum zwischen 2012 und 2015 bei mehr als einem Viertel der Messstellen – konkret 28,0 % – überschritten worden sei. Der entsprechende Richtwert liege im EU-Durchschnitt dagegen lediglich bei

13,3 %. Auch bezüglich der Ammoniakemission aus der Tierhaltung sieht die Kommission Bedarf für Nachbesserungen. Da-rüber hinaus empfehlen die Kommissionsbeamten der Bundesrepublik, das Thema Artenschutz in ihren GAP-Strategieplan aufzunehmen. In Deutschland gebe es nicht genug Flächen, auf denen sich gefährdete Vogelarten und Insekten niederlassen könnten. Während der EU-Durchschnittswert bezüglich der für den Artenschutz relevanten Flächen und Landschaftselemente bei 4,6 % liege, komme Deutschland lediglich auf 2,2 %. Eine stärkere Umverteilung der Direktzahlungen wird damit begründet, dass sich diese in Deutschland zu stark auf zu wenige Betriebe konzentrierten. *AgE*